



Arbeitskämpfe beim jugoslawischen Borovo-Kombinat

...in den 1980ern zwischen Klassenkampf und Nationalismus – von Heiko Bolldorf*

In: **express** 12/2020

Die kroatische Stadt Vukovar ist international vor allem dadurch bekannt geworden, dass sie in den jugoslawischen Zerfallskriegen 1991 während einer dreimonatigen Belagerung durch serbische Truppen völlig zerstört wurde. Weniger bekannt ist die Tatsache, dass sie zuvor in den 1980er Jahren zu den Hochburgen der jugoslawischen Streikbewegung gegen Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank gehörte. Die Zagreber Organisation BRID (Baza za radničku inicijativu i demokratizaciju – Organisation¹ für Arbeiterinitiative und Demokratisierung), die laut Eigendarstellung (BRID 2020) mit Hilfe von Forschungs-, Bildungs- und Medienarbeit die Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern fördern will, hat nun 2019 eine Studie zu den Streiks der 1980er beim Vukovarer Textil-, Leder- und Schuhkombinat *Borovo* vorgelegt. Dabei geht es nicht zuletzt um die Frage, wie soziale in ethnische Konflikte umschlagen konnten. Unter anderem wurden Interviews mit ehemaligen ArbeiterInnen geführt und Artikel der Betriebszeitung ausgewertet.

Borovo in der Zwischenkriegszeit und unter Tito

Borovo ist aus der Schuhfabrik Bata-Borovo hervorgegangen, die 1931 vom tschechischen Unternehmen Bata in der Nähe von Vukovar gegründet wurde. Wie an anderen Standorten, so wurden auch hier billige, unqualifizierte und unorganisierte Arbeitskräfte vom Land eingestellt. Das Unternehmen kümmerte sich zwar um seine Beschäftigten wie kein anderes in Jugoslawien, indem etwa Wohnraum, kulturelle und sportliche Einrichtungen zur Verfügung gestellt wurden, war jedoch sehr autoritär strukturiert – die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft oder politischen Partei war z.B. ein Entlassungsgrund. Obwohl gesetzlich der Acht-Stunden-Tag vorgeschrieben war, waren bei Bata Arbeitstage von zwölf und mehr Stunden keine Seltenheit. Erst im Februar 1941 wurde – nach jahrelangen intensiven Streikaktivitäten – der erste Tarifvertrag abgeschlossen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es in Vukovar und Umgebung zu einer intensiveren Industrialisierung. Weiterhin kamen die Arbeitskräfte für Borovo vom Land, weiterhin wurden körperlich anstrengende Tätigkeiten verrichtet, und immer noch sollte es um die Erhöhung der Produktivität gehen – nun aber nicht mehr im Dienste der Bereicherung Einzelner, sondern im Sinne der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung. Borovo verschaffte der Bevölkerung von Vukovar bis zum Beginn der 1980er Jahre die Jahrzehnte ihres größten Wohlstandes und hatte bereits 1949 wieder den Beschäftigungsstand erreicht, den es bei Bata vor dem Krieg gegeben hatte. Die Steigerung der Beschäftigtenzahl ging mit demographischen Veränderungen einher: Da Vukovar an der Grenze zu Serbien liegt, kamen auch viele SerbInnen in die Stadt, um bei Borovo zu arbeiten – eine Entwicklung, die später von der nationalistischen Geschichtsschreibung als Plan interpretiert wurde, ethnische KroatInnen zu verdrängen.

Die von den jugoslawischen KommunistInnen proklamierte Arbeiterselbstverwaltung gab den Beschäftigten auch bei Borovo die Möglichkeit, über manche Fragen per Referendum selbst zu entscheiden, bot aber keinen Weg, auf politische Prozesse Einfluss zu nehmen, die den Rahmen des einzelnen Unternehmens überstiegen. Ab 1965 wurde die jugoslawische Wirtschaft für den Weltmarkt geöffnet und Borovo stand nun unter dem Zwang, etwa mit italienischen SchuhfabrikantInnen zu konkurrieren. Aufgrund der restriktiven Kreditvergabe der jugoslawischen Zentralbank musste sich das Unternehmen Devisen beschaffen, um Rohstoffe kaufen zu können, und bemühte sich, mehr zu exportieren, was jedoch durch die Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre immer schwieriger wurde. Stattdessen erledigte Borovo nun vermehrt Aufträge für westliche Konzerne, bei denen diese Konzerne die Materialien lieferten, die Borovo weiterverarbeitete. Anschließend lieferte Borovo dem westlichen Auftraggeber das fertige Produkt zurück.

Die Krise der 1980er Jahre

Als Tito 1980 starb, hatte Jugoslawien 20 Milliarden US-Dollar Schulden. Das lag daran, dass in den 1970er Jahren die Folgen der Weltwirtschaftskrise durch erhöhte Kreditaufnahme und vermehrte Importe kompensiert worden waren, was eine hohe Inflationsrate zur Folge hatte – 1987 lag sie bei 100 Prozent.

Jugoslawien geriet in Abhängigkeit vom IWF und legte seit dem Bericht der »Kraigher-Kommission« von 1983 immer wieder Stabilisierungsprogramme vor, die neoliberalen Prinzipien folgten – Kreditrestriktionen, die Schließung unrentabler Betriebe, die Öffnung für private (einschließlich ausländischer) Investoren etc.

Wie im ganzen Land, so war nun auch bei Borovo und in Vukovar die Bevölkerung mit steigenden Preisen, fallenden Reallöhnen und steigender Erwerbslosigkeit konfrontiert. Das Unternehmen stand unter zunehmendem Druck, produktiver und beim Export konkurrenzfähiger zu werden, weil es dringend Devisen für die Beschaffung seiner Rohstoffe brauchte. Der Zufluss von Devisen blieb jedoch wegen der Rezession bei traditionellen westeuropäischen KäuferInnen hinter den Erwartungen zurück, so dass Borovo sich bei den Banken verschulden musste, um seine Liquidität zu sichern – und das in einer Zeit deutlich steigender Zinsen. Um an Rohstoffe zu kommen, erledigte die Firma vermehrt Auftragsarbeiten für westliche Firmen wie Puma. Der westliche Auftraggeber lieferte Borovo die Rohmaterialien, und Borovo lieferte Puma das fertige Produkt zurück. Das bedeutete aber auch, dass es keine Spielräume für Lohnerhöhungen gab, weil die westlichen Auftraggeber vor allem an der günstigeren Arbeitskraft in Jugoslawien interessiert waren. Auch Kurzarbeit nahm massiv zu, weil es gerade keine Aufträge gab oder weil es unmöglich war, an Rohstoffe zu kommen.

In der Krise wurden auch Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen von Beschäftigten deutlich – so gab es bei Borovo Menschen, die nur von ihrer Arbeit im Unternehmen lebten, und solche, die nebenbei noch Landwirtschaft betrieben. Letztere ließen sich oft krankschreiben, um ihre landwirtschaftliche Arbeit zu erledigen, was genauso auf Kritik stieß wie Entgeltunterschiede zwischen Produktion und Verwaltung oder zwischen verschiedenen Fabriken des Kombinats. Auch die Teilnahme an den Organen der Selbstverwaltung nahm in der Krise ab, weil viele Beschäftigte nebenbei schwarz arbeiteten und ihnen die Zeit für politisches Engagement fehlte.

Die Streiks von 1987 und 1988

In der Krise wurde auch Borovo von der Streikwelle erfasst – 1987 gab es in Jugoslawien 1.685 Streiks mit 288.686 Teilnehmenden, so viele wie noch nie in der jugoslawischen Geschichte. Vom 19. bis 24. August 1987 streikten bis zu 10.000 Beschäftigte des Kombinats, weil sie nach ihrer Rückkehr aus dem Urlaub Entgelte erhielten, mit denen sie ihre Lebenshaltungskosten nicht decken konnten – und das trotz steigender Exporterfolge. Mit diesem Streik wurde eine Entgelterhöhung von 40 Prozent durchgesetzt.

Am 2. Juli 1988 begann ein weiterer großer Streik gegen die fortgesetzten Sparmaßnahmen. Es wurde entschieden, nach Belgrad zu ziehen, um Druck auf die Bundespolitik auszuüben.

Am 6. Juli kamen zwischen 3.000 und 5.000 Beschäftigte von Borovo in Belgrad an. Als sie im Gewerkschaftshaus vergeblich darauf warteten, dass BundespolitikerInnen mit ihnen sprechen würden, entschied sich ein Teil von ihnen, die Polizeikette zu durchbrechen und ins Bundesparlament einzudringen. Die Beschäftigten kehrten nach Vukovar zurück, nachdem die Bildung einer Arbeitsgruppe zu Borovo auf Bundesebene versprochen worden war. Diese Arbeitsgruppe hatte jedoch lediglich die Fortsetzung und Verschärfung der neoliberalen Politik anzubieten: Das Kombinat wurde in selbständige Unternehmen aufgeteilt, und das Problem der häufigen Produktionsunterbrechungen verschärfte sich dadurch noch – hatte eines dieser Unternehmen seine Schulden bei einem anderen Unternehmen des Kombinats nicht beglichen, wurden ihm keine Vorprodukte mehr geliefert. Zunehmend wurden nun auch Arbeitskräfte entlassen, die als überflüssig angesehen wurden, und es gab Pläne, einen Teil der Unternehmen ins Konkursverfahren zu schicken. Über die so entstehende Erwerbslosigkeit ließ sich ein kapitalistischer Arbeitsmarkt schaffen. Streitigkeiten unter den Beschäftigten darüber, wer entlassen werden solle, nahmen nun zu – so wurde etwa denjenigen, die nebenbei Landwirtschaft betrieben, vermehrt vorgehalten, sie seien auf den Arbeitsplatz nicht so angewiesen wie andere.

Im April 1990 wurde dann für sieben Unternehmen bei Borovo das Konkursverfahren eröffnet.

Die Ethnisierung des Konflikts

Im April 1990 fanden in Kroatien die ersten Mehrparteien-Wahlen statt. Auf nationaler Ebene siegte die nationalkonservative HDZ. Auf der Seite der serbischen Minderheit trat die nationalistische SDS (Srpska Demokratska Stranka – Serbische Demokratische Partei) an und gewann in drei Gemeinden die Mehrheit. In Vukovar allerdings siegten die aus dem Bund der Kommunisten hervorgegangenen Sozialdemokraten über die HDZ, und die SDS trat überhaupt nicht an.

In dieser Situation kam es im Juni 1990 bei mehreren Unternehmen von Borovo erneut zu einem einwöchigen Streik. Anlass war die Unzufriedenheit mit der Neufestsetzung der Koeffizienten, mit denen die Gehälter von höher qualifizierten Fachkräften berechnet wurden. Darüber hinaus wurde jedoch die Absetzung des Direktors der Fabrik für Lederschuhe gefordert, von der der Streik ausging. Dieser Streik ist ein Beispiel für die nun einsetzende nationalistische Einflussnahme auf die Streikbewegung. Von Anfang an wurde – etwa vom Direktor – der Verdacht geäußert, es handle sich hier um einen politisch motivierten Streik – die HDZ wolle eine Stadt destabilisieren, in der sie nicht gewonnen habe. Und tatsächlich übernahmen führende lokale HDZ-Politiker die Leitung des Streiks. Das Stadtratsmitglied Tomislav Merčep, Vorsitzender der HDZ in Vukovar und Ingenieur bei Borovo, war auch Mitglied des Streikausschusses. Blago Zadro, Vorsitzender der HDZ-Betriebsgruppe, war Delegierter im Arbeiterrat von Borovo. Beide traten bei Versammlungen der Streikenden oft als Redner auf und forderten neben der Absetzung der Unternehmensführung auch eine Absetzung der Stadtregierung. Sie erklärten, verantwortlich für die Situation bei Borovo seien der Generaldirektor, sein Stellvertreter und »ähnliche Leute« – im damaligen politischen Klima in Kroatien nach dem Wahlsieg der HDZ konnte dies nur als Anspielung darauf verstanden werden, dass bei Borovo die Mitglieder der Unternehmensführung traditionell mehrheitlich aus SerbInnen bestanden. Das passte zur These der HDZ, es gebe eine Dominanz der serbischen Minderheit in Kroatien und eine Unterdrückung ethnischer KroatInnen. Anhand von Zahlen von 1984 zeigt die Studie, dass dies nicht zutrifft – politische Führungspositionen waren in Kroatien lediglich zu 17,7 Prozent von SerbInnen besetzt, ökonomische Führungspositionen zu 12,5 Prozent, wobei der Anteil von SerbInnen an der kroatischen Bevölkerung ca. 13 Prozent betrug. Aus Interviews mit ehemaligen Beschäftigten geht hervor, dass die mehrheitlich serbische Führung bei Borovo vor 1990 nie ein Problem war.

Auf der anderen Seite wurde die Ethnisierung des Konfliktes von der Belgrader Zeitung *Politika* gefördert: Sie druckte frei erfundene Äußerungen von Merčep ab, er werde SerbInnen bei der Ausbesserung von Straßen einsetzen. Örtliche SerbInnen verteilten Flugblätter mit

diesen angeblichen Aussagen; unter ihnen verbreitete sich die Angst, von Entlassungen würden ausschließlich SerbInnen betroffen sein.

Nicht nur bei Borovo, sondern im ganzen Land arbeitete die HDZ-Regierung in dieser Zeit daran, die DirektorInnen von Unternehmen durch neue, HDZ-nahe Kräfte zu ersetzen, um die Arbeiterselbstverwaltung durch Verstaatlichung auszuhebeln und spätere Privatisierungen vorzubereiten. Die Studie nennt außer dem 1990er-Streik bei Borovo weitere Beispiele dafür, dass Streiks gezielt von HDZ-nahen Personen übernommen und ethnisiert wurden – so trat Ende 1990 der Direktor der Leder-, Gummi- und Schuhfabrik *Josip Kraš* in Karlovac, ein Serbe, zurück. Seinem Rücktritt war ein Streik vorangegangen, bei dem ein bis dahin völlig unbekannter Arbeiter Vorsitzender des Streikausschusses geworden war und in dessen Verlauf in der Stadt Flugblätter verteilt wurden, auf denen zu lesen war, ein Serbe habe die Fabrik an den Rand des Ruins geführt.

Im August 1990 begann in der Stadt Knin ein Aufstand serbischer NationalistInnen aus den Reihen der SDS mit dem Ziel, Autonomie für kroatische Gemeinden mit serbischer Mehrheit durchzusetzen. Daraus wurde später die Forderung nach dem Anschluss an Serbien. Die AutorInnen der BRID-Studie vermuten, dass auch hier nationalistische Kräfte zuvor gezielt einen Streik (in der Kniner Schraubenfabrik) übernommen hatten, weisen aber darauf hin, dass hier noch weitere Forschung nötig sei.

Letzten Endes gelang es nationalistischen Kräften, ihre Agenda mit Gewalt durchzusetzen: In Vukovar und Umgebung provozierten HDZ-Hardliner auf der einen, aus Serbien eindringende Paramilitärs auf der anderen Seite in den ersten Monaten des Jahres 1991 immer wieder Zusammenstöße und brachten Kroatien an den Rand eines Bürgerkriegs, der dann im Sommer begann, als die jugoslawische Armee mit Rückendeckung aus Belgrad sich offen auf die Seite der serbischen Milizen stellte.

Fazit

Oftmals wird der Untergang Jugoslawiens in einer Reihe von grauenhaften Kriegen auf den unüberwindbaren Hass zwischen SerbInnen und KroatInnen zurückgeführt – es soll sich hier um zwei »Volksgruppen« handeln, die einfach nicht zusammenleben können und nur durch Tito zusammengehalten wurden.

Fälle wie die Entwicklung bei Borovo zeigen jedoch, dass in Jugoslawien lange Zeit sozioökonomische und nicht ethnische Konflikte im Vordergrund standen. Betriebliche Kämpfe wurden gezielt durch NationalistInnen übernommen und ethnisiert. Dabei konnten sie allerdings an bereits bestehende Spaltungen zwischen verschiedenen Gruppen von Beschäftigten anknüpfen, insbesondere an den Konflikt zwischen ProduktionsarbeiterInnen und Leitung.

Hier rächte sich die halbherzige Durchführung der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, die auf den Einzelbetrieb beschränkt blieb und das Machtmonopol des Bundes der Kommunisten nicht in Frage stellen sollte. DirektorInnen waren gewöhnlich Parteimitglieder und hatten einen Informationsvorsprung vor dem Arbeiterrat, dessen Entscheidungskompetenz dadurch in der Praxis oft beschränkt blieb. Das führte zu Ressentiments gegenüber dem Direktorium, die sich in der Krise der 1980er Bahn brachen.

Zum anderen zeigt der Fall Jugoslawien deutlich, wie destabilisierend eine von außen aufgezwungene neoliberale Politik auf vom Weltmarkt abhängige Länder wirken kann. Strukturanpassungsprogramme nach neoliberalen Maßstäben hatten auch hier keinesfalls den versprochenen Effekt, wirtschaftliche Effizienz und Wohlstand zu fördern, sondern führten im Gegenteil zu massenhafter Verarmung und sozialer Verunsicherung. Die Streikwelle, die als Reaktion darauf entstand, konnte dann nationalistisch gewendet werden, was in Jugoslawien zur Wiederkehr von überwunden geglaubten ethnischen Konflikten führte. Eine linke Antwort auf die Krise war nicht in Sicht, schließlich war es ja der Bund der Kommunisten, der die Sparmaßnahmen durchsetzte.

** Heiko Bolldorf lebt in Marburg, ist Soziologe, hat über kroatische Gewerkschaften promoviert und arbeitet als freiberuflicher Referent für Gewerkschaften.*

Quellen

BRID (2020): Baza za radničku inicijativu i organizaciju (Organisation für Arbeiterinitiative und Demokratisierung). URL: <https://udrugabrid.hr/>. Zugriff: 18.10.2020.

Cvek, Sven/Račić, Jasna/Ivčić, Snježana (2019): Borovo u štrajku: rad u tranziciji 1987-1991. (Borovo im Streik: Arbeit in der Transformation 1987 – 1991). Zagreb: BRID. URL: http://borovo1988.radnickaprava.org/system/articles_document/doc/22/BOROVO_U_STRAJKU_compressed_WEB.pdf. Zugriff: 18.10.2020.

Anmerkung:

1 »Baza« heißt eigentlich »Basis« oder »Stützpunkt«, erinnert also an eine militärische Terminologie, die im Deutschen in diesem Zusammenhang unüblich ist.

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info

Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:

AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12